**Christiane Tenbensel Sprecherin DIE LINKE DORTMUND**

**Die Gesundheitswesen in NRW zwischen Instandhaltungsproblemen und pflegerischen Versorgungsengpässen - Landesregierung bricht Wahlversprechen: Keine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung, keine Verbesserungen bei der Pflege**

Vollmundig sprach Gesundheitsminister Laumann nach der Landtagswahl vor einem Jahr davon, die finanzielle Situation der Kliniken umfassend zu verbessern. So soll oberstes Ziel der Gesundheitspolitik der Landesregierung laut Koalitionsvertrag die **„Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen“** sein. Versprochen wird dabei allen Bürger\*innen höchstmögliche Qualität und die gute Erreichbarkeit der Krankenhäuser. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen sollten von guten Arbeitsbedingungen und einer zukunftssicheren Beschäftigung profitieren.

So gedachte Minister Laumann auf die von ihm selbst in seiner ersten Regierungszeit mit zu verantwortende miserable Finanzierung der Krankenhäuser in seiner neuen Amtsperiode zu reagieren. Denn NRW gehört bereits seit Jahrzehnten bundesweit zu den Schlusslichtern der Krankenhausfinanzierung. Mit der von Laumann bereits 2007 installierten pauschalen Förderungen bei der Finanzierung von Baumaßnahmen, der sogenannten Baupauschale, in Höhe von jährlich nur 190 Millionen Euro, ließen sich zwingend erforderliche Renovierungen und Neubaumaßnahmen in der Regel allein nicht finanzieren. Auch die rot-grüne Landesregierung änderte in ihrer Amtszeit nichts an diesem Umstand. Um trotzdem das Erforderliche zu finanzieren, wurden die Gelder, die Krankenkassen zur Behandlung der Patienten bezahlen, zu einem nicht unerheblichen Teil für Baumaßnahmen verwendet. Insbesondere hat dies die Beschäftigten in der Krankenpflege getroffen. Wenn es auch in den letzten Jahren angesichts der teilweisen katastrophalen Zustände wieder vermehrt zu Neueinstellungen gekommen ist, so wurde doch in der Zeit zwischen 1996 und 2016 5.116 Vollzeitkräfte in der Pflege in NRW abgebaut. Es wird davon ausgegangen, dass ca. ein Drittel der erforderlichen Investitionskosten durch Personalabbau finanziert wird und ebenfalls mittlerweile ein Substanzverlust der Gebäude von ca. 30 Prozent zu verzeichnen sei. Auch wenn Laumann jetzt verkündet, dass bis 2022 jährlich die bisherigen ca. 500 Mio. Euro, die für alle 348 Krankenhäuser in NRW insgesamt aufgebracht werden, um 200 Mio. jährlich aufgestockt werden sollen, ist das nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sondern dieses Geld kommt nicht, wie von der Landesregierung gewollt, bei allen Krankenhäusern an. Dies liegt daran, dass es einen Investitionsbedarf in NRW von insgesamt bei 1,5 Mrd. Euro gibt. Es bleibt also weiterhin eine Förderlücke von 8 Millionen Euro ungedeckt

Das zusätzliche Geld soll zur Verschlankung der Krankenhausstruktur eingesetzt werden. Bestimmte Operationen sollen nur noch in ausgewählten Zentren durchgeführt werden, wodurch deren Qualität erhöht werden soll. Welches Zentrum die zusätzlichen Millionen erhält, entscheidet allein das Ministerium. Hierzu hat die Landesregierung mit dem Entfesselungspakt I die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Somit wird aus der Verbesserung für alle ein Rationalisierungsprogramm der Krankenhausversorgung in der Fläche: Die Versorgung im ländlichen Raum wird ausdünnt und in den städtischen Ballungsgebieten konzentriert. Für die Pflege und andere von Personalabbau bedrohte Beschäftigte in Krankenhäusern ist dies keine hoffnungsvolle Perspektive. Das von der Landesregierung angekündigte Neue bedeutet also, für einige wenige große Krankenhäuser gibt es etwas mehr Geld, was gegenfinanziert wird durch den Abbau in der Fläche.

Somit bleibt dem weiterhin von Abbau bedrohten Krankenhauspersonal nur, für eine gute Personalbesetzung durch Tarifvertrag und bundespolitische Gesetze zu kämpfen. Dies ist nur durch die Organisation in ihrer Gewerkschaft ver.di zu schaffen.

**Die LINKE steht für die Einführung der gesetzlichen Personalbemessung und fordert:** **Baustellen dürfen nicht durch Personalstellen finanziert werden..**